

Städte und Agglomerationen in die Regionalpolitik einbinden



Renate Amstutz

Direktorin Schweizerischer Städteverband

Die Regionalpolitik befasst sich mit der Wirtschaftsstruktur und -entwicklung von Teilgebieten innerhalb eines grösseren Wirtschaftsraums. Sie trägt dazu bei – unter den Gesichtspunkten von Solidarität und innerem Zusammenhalt – räumlich bedingte wirtschaftliche, gesellschaftliche und finanzielle Disparitäten auszugleichen.

Grosse Städte und viele Agglomerationen sind ausgeschlossen

Disparitäten gibt es in allen Regionen, unabhängig davon, ob es sich um Berggebiete, andere ländliche Räume oder städtische Agglomerationen handelt. Die Neue Regionalpolitik (NRP) der Schweiz schliesst jedoch – historisch bedingt und politisch gewollt – grosse und wichtige städtische Agglomerationen explizit von der Förderung aus. So sind gemäss der Verordnung über Regionalpolitik die Agglomerationen Zürich, Basel, Bern, Lausanne und Genf sowie die teilweise stark städtisch geprägten Kantone Zürich, Zug, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Land, Aargau und Genf vom Wirkungsbereich der Regionalpolitik ausgenommen. Ausgeschlossen sind somit nicht nur die grossen wirtschaftlich starken Agglomerationen Zürich, Basel, Bern, Lausanne und Genf mit mehr als 250'000 Einwohnern, sondern auch viele Städte und Agglomerationen in den vom Wirkungsbereich ausgeschlossenen Kantonen Zürich, Zug, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Land, Aargau und Genf.

Ausschluss ist willkürlich und nicht zielführend

Ein solcher Ausschluss ist willkürlich: Warum sollen Solothurn und sein Umland nicht wie das Oberwallis mit den Städten Brig und Visp von der

Regionalpolitik profitieren? Der Ausschluss ist auch nicht zielführend, schon gar nicht in einer globalisierten und digitalisierten Welt, in der wir uns heute befinden. Sicher sind die Disparitäten und Herausforderungen in ländlichen und städtischen Räumen unterschiedlich. Dies sind sie aber auch innerhalb der Regionen, die heute zum Wirkungsbereich der Regionalpolitik gehören. Die Themen jedoch, an denen die Regionen arbeiten, sind unabhängig davon, ob es sich um ländliche oder städtische Räume handelt, oft dieselben. Sie überschneiden sich und hängen zusammen. Es sind beispielsweise Fragen der Infrastruktur und des Service public. Es ist der Tourismus, die Umsetzung der Energiewende oder der Umgang mit dem Klimawandel. Dabei geht es um die Verbesserung der Wertschöpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen, um Wissenstransfer und Vernetzung, die Nutzung von Synergien und die Bündelung von Kräften. Aufgrund der Digitalisierung und der heutigen Mobilität sind die städtischen Agglomerationen und die ländlichen Räume zudem immer mehr miteinander verzahnt und entsprechend aufeinander angewiesen. Auch die Ansprüche von Wirtschaft und Bevölkerung gleichen sich immer mehr einander an, unabhängig davon, ob man sich in der Stadt oder auf dem Land befindet. Die Aufhebung regionaler Disparitäten kann und muss daher im direkten Austausch zwischen städtischen und ländlichen Räumen geschehen; gerade auch in der Schweiz mit ihrer Kleinräumigkeit, ihrer ausgezeichneten Verkehrsinfrastruktur und hohen Mobilität.

Dies sieht auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD so: 2011 wies sie im Territorialexamen Schweiz auf die wachsende Verflechtung zwischen ruralen, intermediären und urbanen Räumen hin und vertrat die Meinung, dass die räumliche Ausweitung der NRP die wirtschaftliche Fragmentierung der Schweiz verringern und die polyzentrische Entwicklung fördern würde.

« Eine zukunftsweisende Regionalpolitik muss Städte und Agglomerationen einbeziehen statt ausschliessen. »



Blick auf das Mittelland

Punktuelle Beteiligung spricht nicht gegen eine Öffnung der Regionalpolitik

In der Antwort auf die Interpellation Fluri für eine urbane Regionalpolitik des Bundes und für starke Agglomerationen weist der Bundesrat darauf hin, dass die Städte und Agglomerationen von der Regionalpolitik nicht gänzlich ausgeschlossen sind. In den Kantonen, die zum Wirkungsbereich der Regionalpolitik gehören, gebe es durchaus Agglomerationen, die von der Regionalpolitik profitieren. Städte und Agglomerationen seien zudem an Projekten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Interreg) beteiligt, denn für diese Form der Zusammenarbeit gelte die ganze Schweiz als Fördergebiet. Auch von anderen überkantonalen NRP-Programmen wie den «Regionalen Innovationssystemen (RIS)» und dem «Pilotprogramm Handlungsräume Wirtschaft» könnten Städte und Agglomerationen profitieren. Innerhalb der RIS spielten die Grossstädte mit ihren Forschungs- und Bildungsinstituten sogar eine zentrale Rolle.

Dies ist durchaus richtig und zu begrüßen. Die heutige Beteiligung der Städte und Agglomerationen spricht jedoch keineswegs gegen eine weitere Öffnung der Regionalpolitik, sondern – ganz im Gegenteil – dafür. Die für die Städte und Agglomerationen schon heute zugänglichen Bereiche zeigen auf, wie verzahnt Städte und ländliche Räume bereits sind. Mit der fortschreitenden Digitalisierung,

der erhöhten Mobilität und dem verstärkten gesellschaftlichen Wandel werden diese Verflechtungen noch zunehmen. Um für die künftigen Herausforderungen gerüstet zu sein, müssen ländliche und städtische Räume ihre Wirtschaftskraft und Attraktivität gemeinsam stärken. Indem sie die Aufgaben und Herausforderungen gemeinsam angehen, einander unterstützen, aber auch ergänzen, können sie voneinander profitieren.

Mehr finanzielle Mittel oder zielgerichteter Einsatz?

Mit einer entsprechenden Öffnung der Regionalpolitik könnte ein Ruf nach zusätzlichen finanziellen Mitteln verbunden sein, denn die Leistungen an die heute von der Regionalpolitik profitierenden Berggebiete und ländlichen Räume dürfen angesichts der räumlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen nicht reduziert werden.

Werden die verfügbaren Gelder jedoch zielgerichteter eingesetzt, könnte die Regionalpolitik auch ohne zusätzliche Mittel verbessert werden. Dies gilt nicht nur für die Gelder aus der Regionalpolitik, sondern auch für Beiträge zur Förderung des Tourismus und zum Ausbau der (Verkehrs-)Infrastruktur, für Gelder zur Unterstützung der Landwirtschaft und zum Schutz von Natur und Landschaft. Zielgerichtet einsetzen bedeutet, dass die zu unterstützenden

Projekte räumlich breit(er) abgestimmt sein müssen. Der Bund hat in den letzten Jahren – was sehr zu begrüßen ist – seine Bestrebungen für eine kohärente Raumentwicklung intensiviert. Dies muss jedoch auch auf Seite der von den Förderpolitiken des Bundes profitierenden Regionen geschehen. Ein zentrales Instrument hierfür sind regionale Entwicklungskonzepte, die Gemeinde- und Kantonsgrenzen überschreitend Antworten auf die räumlichen Herausforderungen einzelner Regionen geben und Massnahmen zur ressortübergreifenden Entwicklung formulieren. Als Vorbild können die Agglomerationsprogramme dienen, die sehr breit abgestützt sind und grenzüberschreitend die Siedlungs- und Verkehrspolitik von Agglomerationen aufeinander abstimmen. Für grenzüberschreitende Planungen in städtischen und ländlichen Räumen spricht sich auch der Rat für Raumordnung in seinem Bericht über die Megatrends und deren Auswirkungen auf die Raumentwicklung Schweiz aus; dies unter anderem in den Empfehlungen 12 und 13.

Für eine zukunftsweisende Regionalpolitik

Die Welt ist heute eine andere als in den Anfangszeiten der schweizerischen Regionalpolitik in den frühen 1970er Jahren. Wichtige Gründe sind die schon mehrmals genannten Megatrends wie die Globalisierung und Digitalisierung, die unser Land mehr denn je prägen werden. Reshoring und Industrie 4.0 sind nicht nur wegen der neuen technologischen Möglichkeiten (Digitalisierung und Robotertechnik) grosse Themen, sondern auch wegen der in den vergangenen Jahren erfolgten Produktionsauslagerung gewisser Güter, die wir in der COVID-19-Krise als problematisch empfinden. Auch der Klimawandel bleibt auf der Agenda, selbst wenn er aktuell und vorübergehend etwas aus den Schlagzeilen verschwunden ist. Die klimatischen Veränderungen fordern ländliche und urbane Gebiete mehr denn je und rufen nach gemeinsamen, aufeinander abgestimmten Lösungen.

Berggebiete, ländliche Räume, Städte und Agglomerationen müssen bei den für unsere Zukunft und unser Wohlergehen zentralen Fragen am gleichen Strick ziehen, damit unser Land seine Stärken und die nötige Resilienz bewahren und weiterentwickeln kann. Es braucht deshalb eine Regionalpolitik, welche die Städte und Agglomerationen einbezieht und nicht ausschliesst.